

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 10/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon: 18698, Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Klappzettel 30 Pfg., Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 2.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedi- und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 10/21, Hofgebäude, Telefon: 2721.

## Dem Parteitage!

Morgen tritt in Magdeburg der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Die politische Situation sowohl, in der er zusammentritt, wie die Tagesordnung, die er zu erledigen hat, sichern ihm eine hervorragende Rolle in der Zahl unserer Kongresse.

Wenn auch die Reichstagswahlen noch nicht direkt vor der Tür stehen und wenn auch die deutsche Sozialdemokratie noch einmal zusammentreten wird, bevor Deutschlands Wähler zur Urne schreiten, so ist die politische Situation trotzdem schon beherrscht von der uns bevorstehenden Entscheidung. Man fühlt allgemein, daß den nächsten Reichstagswahlen eine größere Bedeutung inneohnt, als sonst derartige Kämpfe haben, daß sie mehr sind, als eine formale, nach Ablauf der fünfjährigen Legislaturperiode vorgeschriebene Erneuerung des Reichstags, sondern daß mit ihnen eine entscheidungsvolle, konfliktreiche, revolutionäre Periode in der deutschen Geschichte einsetzt, eine Periode, die zwar mit parlamentarischen Mitteln beginnen mag, die aber nicht mit parlamentarischen Mitteln enden wird. Die Situation in den Wählermassen ist derart — jede Nachwahl, auch die Nachwahl in Frankfurt a. O. beweist es — daß das gewaltige Mißverhältnis, das schon seit Jahrzehnten zwischen der politischen Erstarrung und der rastlosen wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reich besteht, explosionsmäßig zum Ausdruck kommen muß. Es handelt sich hier keineswegs bloß, wie man auf der einen Seite hofft und auf der andern fürchtet, um eine vorübergehende „Stimmung“, um einen Ausruf über die Reichsfinanzreform oder die Steuererhöhung, sondern es handelt sich um unendlich viel mehr. Die Raubpolitik unserer Junker, die Feigheit unseres liberalen Bürgertums ist dieselbe geblieben. Was aber nicht daselbst geblieben ist, das ist das Objekt dieser Raubpolitik und dieser Feigheit, das ist das deutsche Volk. In einer wirtschaftlichen Entwicklung, so tiefgreifend und schnell, wie sie noch kein kapitalistisches Volk durchgemacht hat, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Zusammensetzung des deutschen Volkes von Grund auf geändert. Aus einem Agrarstaat, dessen Bevölkerung zur reichlichen Hälfte auf dem Lande wohnte, deren andre Hälfte als Mittelbürgertum und Handwerkerklasse in kleinen unentwickelten Städten saß, ist der größte Industriestaat des Kontinents geworden, dessen Handel die Welt beherrscht, dessen Landbevölkerung von Jahr zu Jahr zurückgeht, dessen Industriearbeiterzahl stetig wächst. An die Stelle eines Kleinbürgertums, das ständig schwabronierte und ebenso ständig vor Lokalitätsbegehrungen und Respekt vor den gottgewollten Autoritäten in die Knie sank, ist ein gewaltiges Proletariat getreten, das sich die Demutslöcher gründlich aus der Stirn gestrichen hat und das sich weder durch Drohungen noch durch Lockungen von seinem Ziel abbringen läßt.

Alle diese gewaltigen Veränderungen sind spurlos an der Verfassung des Deutschen Reichs wie am Wesen der herrschenden Partei vorübergegangen. Höchstens könnte man sagen, daß durch die absichtlich unterlassene Neueinteilung der Wahlkreise der Reichstag ein um so reaktionärer Gesicht erhielt, je revolutionärer die Wählermassen wurden. Und mit derselben Unbefangenheit wie einst vor zwanzig und mehr Jahren, trieb man Interessenpolitik zugunsten einer Klasse, des Agrariertums, die täglich an Bedeutung und Zahl abnahm und deren Bevorzugung einen stets steigenden Teil der Bevölkerung in frivolster Weise bedrückte und austrübte. Aber auch dieser Krug ging nur so lange zu Wasser, bis er brach, und im vorigen Jahre bei der Reichsfinanzreform ist er denn auch endgültig in Scherben gegangen. Die Empörung, die jetzt allenthalben gegen das Junkertum herrscht, ist mehr als „Stimmung“, sie ist der Ausdruck für die Tatsache, daß die parlamentarische Zusammensetzung des Reichstags nicht mehr der wirtschaftlichen Zusammensetzung der Ge-

selltschaft entspricht, daß das Parlament, einst ein Förderungsmittel der wirtschaftlichen Entwicklung, sich jetzt in seinen Hemmschuh verwandelt hat.

Ist dem aber so, ist das in den Tiefen der modernen Gesellschaft vernehmbar dumpfe Grollen wirklich mehr als eine Bräutergerung und vorübergehende Laune, sondern das Ergebnis einer im echten Sinne des Wortes revolutionären Situation, dann wäre es noch falscher, als es schon unter normalen Verhältnissen ist, wenn die Sozialdemokratie eine besondere „Wahlpolitik“ treiben wollte und etwa aus Rücksicht auf eine leicht zu gefährdende Position besonders behutsam und leise auftreten wollte. Im Gegenteil! Revolutionäre Situationen verlangen revolutionäre Parteien, und der Zustrom zur roten Fahne wird um so gewaltiger sein, je stolzer und voller sich diese rote Fahne entfaltet. In einem Augenblick wie heute, wo die ältesten Säulen der kapitalistischen Ordnung wanken, wo zum erstenmal seit Gründung des Reichs der Ruf nach der deutschen Republik wieder kräftig erschallt, wo Millionen und Übermillionen in der deutschen Sozialdemokratie das einzige zuverlässige Bollwerk gegen politischen Absolutismus und wirtschaftliche Raub- und Aushungerungs-politik erblicken, wäre jeder Versuch, die grundsätzliche Klarheit über die unerschütterliche Totfeindschaft der Partei zum Kapitalismus und allen kapitalistischen Parteien zu verhehlen, schlimmer als ein Verbrechen, er wäre ein Fehler; denn die Partei müßte diesen Versuch mit dem Verlust des Vertrauens ihrer Wähler bezahlen. Von diesem Standpunkt aus hat der Vorstoß der badischen Parteirevolutionäre wenigstens das Gute, daß er der Gesamtpartei die Möglichkeit gibt, durch die klare Zurückweisung dieser Politik den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie aufs neue und mit besonderer Schärfe zu betonen.

Es ist kein Zufall, daß der Magdeburger Parteitag sich mit der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes befaßt wird. Bekanntlich machen unsere Revisionisten ein großes Wesen davon, daß sie schon zu einer Zeit, wo die Partei noch mit dem Rücken gegen die preussischen Landtagswahlen stand, die Beteiligung an diesen Wahlen verlangt hätten. Die Tatsache ist richtig, falsch ist nur, daß sie den Revisionisten irgendwelchen Anlaß zum Stolz oder zur Genugtuung geben könnte. Ein andres ist es, ganz allgemein taktische Forderungen erheben, ein andres, seine taktischen Forderungen der gegebenen historischen Situation anzupassen. Und da ist kein Zweifel, daß die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu der Zeit, wo die Revisionisten sie zuerst verlangten, ein taktischer Fehler gewesen wäre. Denn soviel haben wir durch den Gang der preussischen Wahlrechtsbewegung wohl alle gelernt, daß die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen nur möglich ist auf Grundlage einer revolutionären Wahlrechtsaktion der Massen. Nur sie ist imstande, das nötige Interesse und damit die nötige Beteiligung an den Wahlen hervorzurufen. Eine solche revolutionäre Massenaktion war aber noch unmöglich zu jener Zeit, wo die Revisionisten den Schnuldruf nach der preussischen Wahlbeteiligung ergehen ließen. Sie hätte damals nicht die Macht, sondern nur die Ohnmacht der Partei geoffenbart. Inzwischen haben sich gewaltige historische Umwälzungen vollzogen. Die russische Revolution ist herausgezogen, in Oesterreich wurde das allgemeine Wahlrecht erobert, in Deutschland wurde das Mißverhältnis zwischen parlamentarischer und wirtschaftlicher Macht täglich fühlbarer und die gottgewollten Autoritäten kamen täglich mehr ins Schwanken. Da drängten die Massen ganz von selber auf die Straße und eroberten sich das Recht, das man ihnen bis dahin mit dem Polizeisäbel in der Faust bestritten hatte, das Recht auf die Straße. Von jenem Tage an aber war es klar, daß in der revolutionä-

nären Massenaktion, die ihrerseits nur wieder das Produkt der revolutionären Situation überhaupt ist, der Mutterboden des preussischen Wahlrechtskampfes liegt. Dieser Boden, der erst begonnen hat, uns Früchte zu bringen, soll uns in Zukunft noch ganz anders die Scheuern füllen. Am Parteitage von Magdeburg ist es, die Bedeutung dieser revolutionären Massenaktion als ein Aufrüttelungsmittel sondergleichen mit allem Nachdruck zu betonen. Spricht er damit, wenn er die Massen zur direkten Beteiligung am Wahlrechtskampfe aufruft, doch nichts andres aus, als was von jeher die Grundlage sozialdemokratischer Taktik gewesen ist, die Losung: die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. In diesem Befreiungskampfe hat die Arbeiterklasse alles einzusetzen, und je deutlicher ihr wird, daß sie in diesem Kampfe keine Bundesgenossen hat, desto klarer wird ihr als selbstverständliche Konsequenz dieses Kampfes, der nicht mit parlamentarischen Mitteln zu führen ist; auch die Anwendung des politischen Massenstreiks erscheinen. Möge die Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung in Magdeburg ein weithin schmetterndes Kampfsignal werden, das die ruhige aber unerschütterliche Entschlossenheit der Partei kundtut, alles an alles zu setzen.

Wir erwarten viel von Magdeburg. Es gilt, den kommenden Kämpfen die Lösung zu geben. Möge der Parteitag durch seine Entschlüsse beweisen, daß er sich der entscheidungsvollen historischen Situation bewußt ist, in der er zusammentritt.

Gruß dem Parteitage!

## Die Arbeitslosigkeit und die Internationale.

Bei der Behandlung dieser Frage trat die absolut unzulängliche Vorbereitung unserer Kongresse mit erschreckender Deutlichkeit zutage. Der Kongreß fand statt in einer Zeit, da die Industriestaaten eben erst eine Krisenperiode durchgemacht haben, in der die Schrecken der Arbeitslosigkeit alles bisher Dagewesene übertroffen haben. Die Gewerkschaften haben in dieser Periode reiche Erfahrungen in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung gesammelt, und man durfte erwarten, daß sie die Gelegenheit ergreifen, dieselben der weitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Auf der andern Seite hat der Staat bei der Linderung der Not der Arbeitslosigkeit vollständig versagt. Nur aus Dänemark konnte berichtet werden, daß es hier der sozialdemokratischen Partei gelungen ist, einen Zuschuß des Staats zu den Arbeitslosenunterstützungskassen der Gewerkschaften in Höhe von 600.000 Kronen jährlich durchzusetzen und in Belgien sind einige Erfolge auf dem Wege der Kommunalpolitik erzielt. Dagegen haben es die englischen Arbeiter erlebt, daß der „Arbeiterminister“, John Burns, in dieser Frage vollständig versagte. In den Vereinigten Staaten trat ein neuartiges Phänomen zutage: eine gewaltige Abwanderung der Arbeiter während der Krise. Man müßte daher meinen, daß dem Kongreß ein geradezu überwältigendes Material vorgelegt würde. In der Tat ist in den Berichten der einzelnen Länder und auch in den Berichten speziell zu dieser Frage, die in dem „Periodischen Bulletin des Internationalen Sozialistischen Bureaus“ veröffentlicht wurden, manches Interessante zu finden. Doch gehen wir jede Weite ein, daß nicht 10 Prozent der Delegierten auch nur dieses Material kennen gelernt hatten, als sie über die Resolution abstimmten. Das ist auch ganz natürlich: dieses Material wurde erst während des Kongresses verteilt und da war kaum jemand imstande, sich in das Studium zu vertiefen. Höchstens diejenigen, die sich für dieses Problem ganz speziell interessierten, haben in aller Eile aus dem Wust von Drucksachen sich das hierauf beziehende Material herauszulassen versucht; Erfolg werden nicht alle damit gehabt haben. Dabei ist das Material in hohem Grade lückenhaft. So konnten z. B. im Bulletin neigliche Berichte und Thesen zu dieser Frage aus Belgien, Deutschland, Holland, Frankreich und den Vereinigten Staaten veröffentlicht werden, nicht aber aus England,